

## Normalität

### *Was am Ergebnis der ersten gesamtdeutschen Wahl auffällt*

Am Ergebnis der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl vom 2. Dezember ist dreierlei bemerkenswert. Das erste ist die hohe *Normalität und Kontinuität* im gesamtdeutschen Wahlgebiet im Verhältnis zu dem, was sich an Parteienlandschaft in der alten Bundesrepublik herausgebildet hat.

Es gibt einen kräftigen Gewinner neben einem klaren Sieger, einem noch eindeutigeren Verlierer und einem zumindest vorläufig *Gescheiterten*. Dabei sieht die Union als *Gewinner* resp. die CDU, betrachtet man das Ergebnis etwas genauer, robuster aus, als es die pauschalen 43,8 Prozent für die Union erscheinen lassen. Die Kanzlerpartei ist nicht nur mit 36,7 Prozent stärkste gesamtdeutsche Partei geworden. Sie gewann im Westvergleich im Verhältnis zu 1987 0,5 Prozent und im (fiktiven) Vergleich altes Bundesgebiet – jetziges Gesamtdeutschland 2,2 Prozent gegenüber 1987 dazu. Die Verluste der Gesamtunion betreffen einseitig die CSU, die im Westvergleich, bezogen auf das Bundesergebnis, 1,1 Prozent und im Vergleich westliche Bundesländer – gesamtdeutsches Wahlgebiet gegenüber 1987 2,7 Prozent verloren hat. Aber entscheidender ist, daß sich die CDU gegenüber 1987 *strukturell* verbessert hat: Sie fand nicht nur in den neuen, sondern auch in den alten Bundesländern in der Arbeiterschaft wieder mehr Rückhalt, sie ist in den Städten stärker geworden, sie hat sich bei Jung- und Neuwählern verbessert, und ihre Wähleranteile verteilen sich relativ gleichmäßig stark über das gesamte Wahlgebiet.

Der *Sieger*, die FDP, hat zwar ein sehr gutes Ergebnis erreicht, der Sieg ist aber mit 1,9 Prozent Zuwachs gegenüber den Wahlen im Bundesgebiet von 1987 und im Verhältnis zur CDU nicht so großartig, wie er in den ersten

Kommentaren erschien. Und der *Verlierer* bleibt politisch vermutlich kräftiger, als er auf dem Papier aussieht. Die SPD war zwar nach dem 2. Dezember führungslos und in großer personeller Verlegenheit. Sie hatte sich einem Kanzlerkandidaten anvertraut, der nicht nur in den östlichen Bundesländern nicht in die Landschaft, sondern auch im Westen nur scheinbar in die Zeit paßte, und sie ließ sich von ihm zu allem Überfluß als Partei demütigen. Aber auch eine Ein-Drittel-Partei kann ihre Mehrheitsfähigkeit zurückgewinnen, solange sie in den Ländern und in den Kommunen stark ist. Vor allem letzteres trifft auf die deutsche Sozialdemokratie trotz des Debakels von Berlin nach wie vor zu.

Bestätigt bzw. durch das Scheitern der Grünen West wiederhergestellt wurde aber trotz beachtlicher Kräfteverschiebungen *das alte bundesrepublikanische Drei-Parteien-System*. Die 17 PDS-Leute und das Häuflein der acht Abgeordneten der Grünen Ost/Bündnis 90 sind im künftigen Bundestag nur – vom Bundesverfassungsgericht erzwungene – Farbtupfer am Rande. Auch in den Kräfteverhältnissen innerhalb des Drei-Parteien-Systems drückt sich Normalität und Kontinuität aus: Die Union behauptet sich auch gesamtdeutsch als strukturelle Mehrheitskonstellation, die SPD bleibt strukturell Minderheitspartei, was sie in der Bundesrepublik mit Ausnahme der kurzen Kanzlerschaft von *Willy Brandt* immer gewesen ist, und die FDP bestätigt und verstärkt ihre Rolle als Mehrheitsbeschaffungspartei.

Das *zweite*: Die noch bis in den letzten Winter hinein befürchtete Erosion der großen Volksparteien – in gewissen Leitartikeln wurde damals schon deren Ende diagnostiziert – findet offensichtlich nicht statt. Es hat sich nicht nur im Gebiet der ehemaligen DDR über die Volkskammer-, über die Kommunal- und über die Landtagswahlen hinweg eine *erstaunlich rasche Angleichung an die politischen Kräfteverhältnisse der Bundesrepublik* vollzogen. Insgesamt, die eine stärker, die andere schwächer, haben sich die Volksparteien auch auf dem Gebiet

der alten Bundesrepublik als noch intakt erwiesen. Die Kräfteverschiebungen zwischen ihnen ändern daran nichts.

Freilich darf man die *Ausnahmesituation der ersten gesamtdeutschen Wahl* nicht übersehen. Sie wurde ganz vom Wandel im Osten und von der deutschen Einheit bestimmt. Damit gewannen klassische nationale und außenpolitische Themen die Oberhand, das begünstigte die klassischen Parteien, vor allem die regierenden. Unter der neuen Glanzdecke kann allerhand weiterbröckeln. Ob die Volksparteien auf längere Sicht so gesund bleiben, wie sie erscheinen, ist deshalb durchaus fraglich. Sie leiden sämtlich an Personalarmut, befinden sich in einem schwierigen Transformations- und Ablösungsprozeß von traditioneller Klientel und weltanschaulich-ideologischen Bindungen. Und Protestpotentiale, an denen es in Gesellschaften starken Wandels nie fehlt, vermögen sich in einer verflüssigten Wählerschaft, in der der Wechselwähler zur bestimmenden Komponente wird, auch neue politische Anbieter zu schaffen. Die *Republikaner* sind nur ein Beispiel dafür.

Die noch bis vor einem Jahr verbreitete Meinung freilich, die Grünen würden sich nicht nur als Gegengewicht zu den „etablierten“ Volksparteien behaupten, sondern aus ihnen könnten neue lebensstilgeprägte politische Konstellationen hervorgehen, die die traditionellen Volksparteien langfristig ablösen, ist einstweilen widerlegt. Das parlamentarische Scheitern der West-Grünen bedeutet zwar nicht das Ende der Grünen, aber eine Gruppierung, die aus dem Bundestag fliegt und sukzessive an allen Koalitionsexperimenten in den Ländern und Städten scheitert, kann keine große Zukunft haben.

Das *dritte* sind ein paar aufschlußreiche Sonderheiten, die aber je für sich kennzeichnend für die Gesamtsituation sind. Eine davon ist die *Wahlbeteiligung*. Mit knapp unter 78 Prozent war es die niedrigste im Nachkriegsdeutschland, und sie war in den östlichen Bundesländern noch geringer als in den westlichen. Es gibt eine Menge



Erklärungen dafür: die ungünstige Jahreszeit; die Wahlmüdigkeit nach drei vorausgegangenen Wahlen im Osten; der durch die Demoskopien, die sich diesmal besonders penetrant aufführten, bereits vorweggenommene Wahlausgang. Aber wenn jeder vierte Berechtigte nicht wählt, läßt dies wenn schon nicht auf Politik-, so doch auf eine Parteienverdrossenheit schließen.

Eine andere betrifft *Berlin*. Das dortige Landtags- wie das Bundestagswahlresultat waren die größte Überraschung. Es zeigt, wie rasch vor allem großstädtische Wähler zum Wechseln bereit und Mehrheitsverhältnisse umzukehren in der Lage sind, wenn sie enttäuscht werden oder erkennen, daß sie gegen ihre eigenen Interessen gewählt haben.

Zwei weitere beziehen sich auf die *östlichen Bundesländer*. Die PDS verliert dort zwar kontinuierlich an Anhang, kann sich vermutlich im Westen nicht verwurzeln, vermag sich aber auf dem Gebiet der ehemaligen DDR trotz zugeschriebener und erwiesener Skandale weiter gut über Wasser halten. Es gibt offenbar eine treue alte Klientel und neue Anhänger, die antibundesrepublikanisch wählen. Durch auffallend unsouveränen Umgang mit ihr haben die anderen Parteien allerdings dazu beigetragen, daß die PDS durch Stimmen nochmals leidlich kompensieren konnte, was an Ruf verloren ging oder nie zu gewinnen war. Die FDP hat in den neuen Bundesländern *überdimensional* gewonnen – nicht nur in Genschers Halle, sondern insgesamt. Dies ist insofern erstaunlich, als in der sozialen Schichtung der neuen Bundesländer die traditionelle FDP-Klientel noch weitgehend fehlt. Die Liberalen haben mit Genschers Zweitstimmenkampagne, § 218 und Niedrigsteuer allerdings einen ebenso geschickten wie blendenden Wahlkampf geführt.

Eine letzte Besonderheit fiel in *Bayern* auf. Dort haben sich als letzter Bastion die Republikaner, wenn auch erfolglos, behauptet. Und die CSU sieht wie schon bei den Kommunalwahlen nicht gut aus in den Städten, besonders nicht in München. Ihren Schützing im Osten, die DSU, hat sie

endgültig verloren. Wenn sie sich jetzt auf ihr bayerisches Wesen konzentriert, wird sie trotz des durch das größere Wahlgebiet verkleinerten Gewichts auch ihre Bundesfunktion gut behaupten. se

## Wechsel

### *Erzbischof Sodano folgt Kardinal Casaroli*

Die meisten Kommentare zu dem am 1. Dezember vollzogenen Wechsel an der Spitze des vatikanischen Staatssekretariats hoben das Moment der *Kontinuität* in der Ernennung von Erzbischof *Angelo Sodano* zum Nachfolger von Kardinalstaatssekretär *Agostino Casaroli* hervor. Tatsächlich ist diese Kontinuität zumindest in zweierlei Hinsicht nicht zu übersehen. Johannes Paul II. berief wieder einen Italiener zum Leiter der zentralen Kurienbehörde, was von Vatikansprecher *Navarro Valls* als „Anerkennung für die italienische Kirche und Nation“ interpretiert wurde, auf deren Boden der Stuhl Petri durch göttliche Fügung angesiedelt sei. Die beiden anderen Kandidaten auf der Dreierliste, aus der der Papst den aus dem piemontesischen Asti stammenden Sodano auswählte, waren angeblich der spanische Kurienkardinal *Martínez Somalo* und der französische Kurienkardinal *Roger Etchegaray*.

Der neue Staatssekretär kommt aus dem Kurienorgan, dem er jetzt vorsteht. Der 63jährige Erzbischof Sodano war seit 1988 Sekretär der zweiten Sektion des Staatssekretariats, die für die Beziehungen zu den Staaten zuständig ist (bis zur Kurienreform Johannes Pauls II.: „Rat für die Öffentlichen Angelegenheiten der Kirche“). Im Rat für die Öffentlichen Angelegenheiten war er schon 1968 bis 1977 tätig, bevor er zehn Jahre lang als Nuntius in Chile wirkte. Bekannt wurde Sodano vor allem durch seine maßgebliche Mitwirkung an der päpstlichen Vermittlung im Beagle-

Konflikt zwischen Argentinien und Chile, der Ende 1984 durch Unterzeichnung eines Abkommens friedlich beigelegt wurde. In seiner zweieinhalbjährigen Amtszeit als vatikanischer „Außenminister“ war er u. a. mit den diffizilen Verhandlungen mit dem Moskauer Patriarchat nach der Wiederzulassung ukrainisch-katholischer Gemeinden befaßt.

Damit war er auch in dem Bereich tätig, in dem sich Kardinal Casaroli über Jahrzehnte hinweg profiliert hatte, der vatikanischen Ostpolitik. Noch von Johannes XXIII. erhielt Casaroli den Auftrag, Kontakte zwischen dem Heiligen Stuhl und den Regierungen der kommunistischen Länder in Mittel- und Osteuropa herzustellen. Er unterzeichnete 1965 in Budapest das Teilabkommen zwischen dem Heiligen Stuhl und der ungarischen Regierung, verhandelte in Warschau ebenso wie in Prag und Belgrad. Von Johannes Paul II. 1979 zum Kardinalstaatssekretär ernannt, setzte er seine Bemühungen um Erleichterungen für die katholische Kirche im Ostblock und Sicherung der kirchlichen Hierarchie in den einzelnen Ländern fort. Beim Millennium der russisch-orthodoxen Kirche traf er im Juni 1988 mit *Michail Gorbatschow* zusammen und vereinbarte mit dem sowjetischen Parteichef die Aufnahme regelmäßiger Kontakte zwischen der Sowjetunion und dem Heiligen Stuhl (vgl. HK, Juli 1988, 310).

Kurz vor Ende seiner Amtszeit konnte Kardinalstaatssekretär Casaroli jetzt durch seine Unterschrift unter die Pariser KSZE-Charta vom 21. November (vgl. ds. Heft, S. 31) das Ende des politisch-ideologischen Ost-West-Gegensatzes in Europa symbolisch mit besiegeln. Damit ist auch die Zeit der vatikanischen Ostpolitik in ihrer bisherigen Form vorbei: Im Zug der Demokratisierung wurden Kirchen- und Religionsfreiheit im früheren Ostblock wiederhergestellt, konnten Bischöfe ohne staatliche Einsprüche ernannt werden, wurden normale diplomatische Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und den einzelnen Staaten aufgenommen. Jetzt muß das römische Augenmerk der inneren